

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

„Advent, Advent – ein Lichtlein brennt.
Erst eins, dann zwei, dann drei, dann vier –
dann steht das Christkind vor der Tür!“

Ja, ihr Lieben, ungefähr so schnell wie in diesen wohl jedem bekannten Versen ging die Adventszeit in diesem Jahr für mich auch tatsächlich vorüber. Und da uns allen ja ein Adventssonntag fehlte, wird das wohl jedem so gehen. Schade, eigentlich!



Nun steht also in schon nicht mehr ganz einer Woche das Christkind vor der Tür. Und ich muss sagen: Ich freue mich sehr auf die Weihnachtsfeiertage, den Kirchengang an Heiligabend, die Weihnachtslieder, das viele gute Essen – und vor allem auf das Zusammensein mit meiner Familie. Ich denke, hoffe und wünsche mir von Herzen, dass es euch genauso geht. Die Geschichte von Weihnachten, vom Jesukind in der Krippe, als das Gott in unsere Welt gekommen ist, hält für mich jedes Jahr eine andere, besondere Botschaft bereit – jenseits der biblischen Geschichte. Nicht als drohender, als der große Gott kam Gott in die Welt, sondern als zerbrechliches Kind, in Windeln gewickelt. Das mag banal wirken – ist es aber nicht, denn daran merken wir: Nicht nur wo wir groß, stark und erfolgreich sind, ist Gott bei uns – sondern vor allem dann, wenn wir ohnmächtig und wehrlos sind und uns klein fühlen, wie es ein Kind ist, können wir auf Gott vertrauen. Ich finde: Das ist nach wie vor eine Botschaft, aus der man nicht nur an Weihnachten Zuversicht für das Leben schöpfen kann und die uns auch nach jedem Scheitern zu einem neuen Anfang ermutigt.

Ich wünsche euch, dass euch diese Botschaft im Zusammensein mit euren Lieben erreicht und danke euch von Herzen, dass ihr mich einmal wieder ein ganzes Jahr lang hier begleitet habt!

Frohe Weihnachten – und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2018!
Eure Sabine



BAFÖG-ANHEBUNG DRINGEND NÖTIG UND MESSLATTE FÜR NEUE BUNDESREGIERUNG

Gestiegene Lebenshaltungskosten machen Reform notwendig

Der von der Bundesregierung vorgelegte BAföG-Bericht sagt deutlich, dass Bedarfssätze, Freibeträge, Wohnkostenpauschale und Höchstbeträge bei den Sozialpauschalen deutlich erhöht werden müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine dringende Umsetzung ein.

„Der BAföG-Bericht fordert, dass beim BAföG mehr getan werden muss. Für die Bildung einer neuen Bundesregierung wird es eine Messlatte sein, ob und in welcher Form strukturelle Reformen beim BAföG vereinbart werden können. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass mehr Studierende eine BAföG-Förderung erhalten“, so Oliver Kaczmarek, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

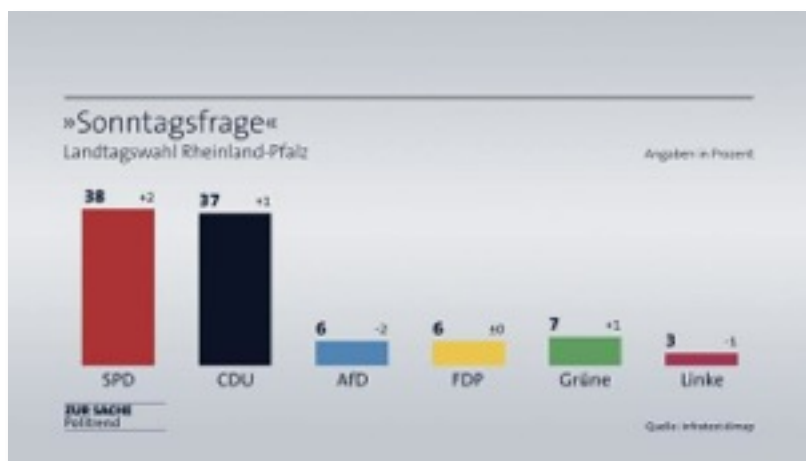
„Eine sinkende Gefördertenquote drängt uns dazu, schnell zu handeln, bevor Menschen wegen finanzieller Hürden von einem Studium abgehalten werden“, erklärt Kaczmarek. Dafür brauche es deutliche Erhöhungen der Fördersätze, der Freibeträge, aber insbesondere auch der Wohnkostenpauschale, denn hohe Mieten würden auch für immer mehr Studierende zum Problem. Auch eine Erhöhung der Höchstbeträge der Sozialpauschalen werde notwendig sein. „Gleichzeitig müssen wir das BAföG modernisieren: Wir brauchen eine Öffnung der Altersgrenzen und flexiblere Förderansprüche“, so Kaczmarek zu den Anforderungen der SPD an eine BAföG-Reform.

Wenn die gute Lohnentwicklung dazu führe, dass die Effekte der letzten Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes nicht ihre volle Wirkung entfaltet habe, sei das umso mehr ein Signal, beim BAföG nachzulegen. Die Förderung müsse mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland Schritt halten und gerade bei steigenden Lebenshaltungskosten in den Bildungs- und Ballungszentren des Landes den Bedarf von Schülerinnen und Schülern und Studierenden decken. „Einem Absinken des Lebensstandards von BAföG-Empfängern stellt sich die SPD-Bundestagsfraktion klar entgegen“, macht Kaczmarek deutlich.



SPD STÄRKSTE KRAFT IM SWR-POLITREND: GUTE ARBEIT IM LAND WIRD HONORIERT

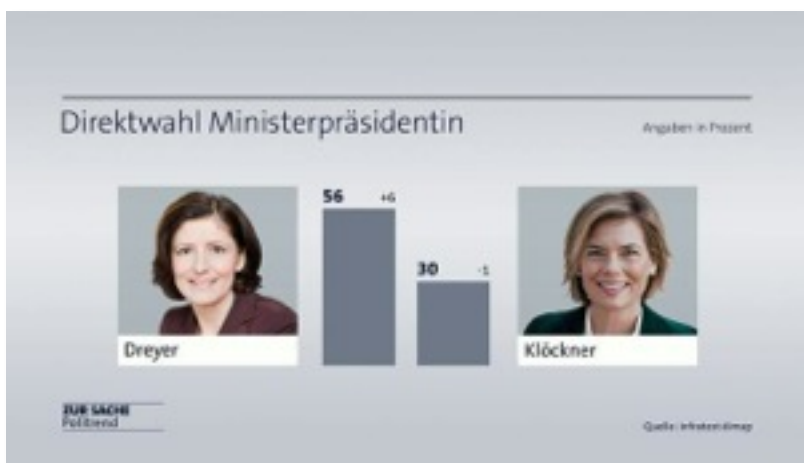
Sonntagsfrage: Dreyer und Ampel-Koalition deutlich vorne



Zum aktuellen Politrend des SWR für Rheinland-Pfalz erklärt Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz: „Im Land legt die SPD auf 38 Prozent zu und ist damit stärkste Kraft. Die gute und vertrauensvolle Arbeit der Ampel-Koalition wird mit einer deutlichen Regierungsmehrheit honoriert. Und Malu Dreyer kann ihren

beeindruckenden Vorsprung in der Direktwahlumfrage weiter ausbauen. Der Politrend ist eine schöne vorweihnachtliche Momentaufnahme und gibt Rückenwind für die Arbeit im kommenden Jahr.“

Würden die Rheinland-Pfälzer einen neuen Landtag wählen, käme die CDU auf 37 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen auf 7 Prozent und die FDP auf 6 Prozent. Die Linke wäre weiterhin nicht im Landtag vertreten.



Mit Blick auf das Ergebnis der AfD von nur noch 6 Prozent fügt Stich hinzu: „Die AfD verliert im Land weiter – das gibt Anlass zur Hoffnung. Offenbar registrieren die Menschen, dass sich der Beitrag der Rechtspopulisten zu den landespolitischen Debatten vor allem auf platte Parolen beschränkt. Das ist wohl vielen nicht genug.“



UNTERSTÜTZUNG FÜR BECK-FORDERUNG

Lewentz und Bätzing-Lichtenthäler für bessere Opferentschädigung

„Der Terroranschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt ist nunmehr ein Jahr her. Wie der Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für die Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags auf dem Breitscheidplatz Ministerpräsident a. D. Kurt Beck zeigt, gibt es Handlungsbedarf. Die bisherige Gesetzeslage reicht nicht aus“, so die rheinland-pfälzische Sozialpolitikerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Mitglied des Präsidiums der rheinland-pfälzischen SPD.



Roger Lewentz, Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz (links) und Sabine Bätzing-Lichtenthäler (rechts) unterstützen die Forderungen des Opferbeauftragten Kurt Beck.

„Jeder terroristische Anschlag ist ein Anschlag auf unsere gesamte Gesellschaft, unsere Grundwerte und unsere Freiheit“, erklärt der SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz, „Die Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat an ihrer Seite steht.“

Sein Dank richtet sich deshalb an Kurt Beck: „Wir danken Kurt Beck für die

schwierige Arbeit im vergangenen Jahr, die er mit der notwendigen Konsequenz und Empathie angegangen ist. Der Beauftragte der Bundesregierung hat einen Bericht vorgelegt, der konkrete Anforderungen an die Politik formuliert.“

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Opfer eines solchen Anschlages auf Härtefallregelungen im Opferentschädigungsrecht angewiesen sind“, so Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Auch könne es nicht sein, dass ausländische Opfer zum Teil überhaupt keine Entschädigung bekämen. Eine Reform des Entschädigungsrechtes sei deshalb absolut notwendig.



DREYER TRIFFT FRIEDENSNOBELPREISTRÄGER: „STARKES ZEICHEN FÜR ATOMWAFFENFREIE WELT“

Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Gespräch mit Internationaler Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)

„Die Ehrung der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) mit dem Friedensnobelpreis hat ein starkes Zeichen im Kampf gegen atomare Aufrüstung gesetzt“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei einem Gespräch mit Heidi Kassai. Die Friedensaktivistin aus Bingen tauschte sich als Mitglied von ICAN mit der Ministerpräsidentin über Kooperationsmöglichkeiten an Schulen und Hochschulen in Rheinland-Pfalz aus. „Das Anliegen von ICAN, junge Menschen an das Thema ‚Verbot und Abrüstung von Nuklearwaffen‘ heranzuführen, unterstützt die Landesregierung sehr gerne“, betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Kooperationen seien beispielsweise über die Friedensakademie Rheinland-Pfalz, über schulbezogene Projekte und Materialien oder auch über den Demokratietag möglich.

„Das Ende des Kalten Krieges hatte leider nicht das Ende der Atomrüstung zur Folge. Heute gibt es sogar mehr nuklear bewaffnete Staaten. Dabei sind die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den USA und Nordkorea nur ein Schauplatz von vielen, der die Menschen sehr beunruhigt. Dass ICAN als globale Kampagne die Aufmerksamkeit auf die katastrophalen Folgen jeglichen Einsatzes von Atomwaffen lenkt, ist also notwendiger denn je“, so die Ministerpräsidentin bei dem Treffen in der Staatskanzlei, an dem auch Sascha Hach vom Vorstand ICAN Deutschland teilnahm.

Als Bündnis von Friedensgruppen und Aktivisten aus mehr als 100 Ländern werde ICAN insbesondere durch das ehrenamtliche Engagement gerade auch von jungen Menschen getragen. „Von ICAN geht eine wichtige Botschaft für eine bessere, friedlichere Zukunft aus“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

IN EIGENER SACHE: FRÖHLICHE WEIHNACHTEN UND EINEN GUTEN START INS NEUE JAHR 2018!

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist wieder einmal soweit: Weihnachten steht vor der Tür und bis zum neuen Jahr 2018 ist es auch nicht mehr weit. Die „Wahlkreispost“ verabschiedet sich mit der heutigen Ausgabe in die Weihnachtsferien.



Wir hoffen, dass ihr auch im zurückliegenden Jahr 2017 viel Vergnügen mit der wöchentlichen Lektüre unserer Neuigkeiten aus dem Bund, dem Land und unserem Wahlkreis und der wöchentliche Kommentar von Sabine Bätzing-Lichtenthäuser zur politischen Lage euch den einen oder anderen Denkanstoß liefern konnte. Wir freuen uns im Übrigen auch gerne über eure Kommentierungen zu aktuellen politischen Themen.

Wenn ihr selbst eure Meinung zu einem bestimmten Thema oder zu einem Beitrag der „Wahlkreispost“ loswerden wollt, dann schreibt uns doch gerne unter post@baetzing-lichtenthaeler.de. Wir freuen uns über jede Rückmeldung!

Nun aber wünschen wir euch zunächst einmal fröhliche Weihnachten im Kreise eurer Lieben und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2018!

Die nächste Ausgabe der „Wahlkreispost“ erscheint am 8. Januar 2018. Bis dahin wünschen wir euch alles Gute!

Mit den besten Grüßen
Die Redaktion

